Wirtschaft

Donnerstag, 18. Juni 2020

Neue Bank spendet eine halbe Million

Das Liechtensteinische Rote Kreuz, die Caritas Liechtenstein sowie die Familienhilfe Liechtenstein bekommen jeweils 50 000 Franken.

Nicole Schöbi-Büchel

Gestützt auf einen geschlossenen Entscheid des Verwaltungsrates, der Geschäftsleitung sowie der Aktionäre der Neuen Bank AG durfte gestern Verwalungsratspräsident Karlheinz Ospelt die ersten drei Cheques an gemeinnützige Organisationen aus Liechtenstein überreichen.

«Diese Hilfe soll an Menschen gehen, die direkt vom Coronavirus und den wirtschaftlichen Folgen betroffen sind», erklärte er die Beweggründe. Die Neue Bank sei noch nie mit einer solchen Spendenvergabe an die Öffentlichkeit getreten, die aktuelle Situation erfordere aber aussergewöhnliche Signale, führte Ospelt aus. «Wir fühlen mit den Betroffenen mit und haben uns Organisationen im Land gesucht, von denen wir wissen, dass das Geld in die richtigen Hände kommt», sagte er.

Unbürokratische Hilfe in der Krise

Die ersten drei gemeinnützigen Organisationen waren schnell gefunden: Das Liechtensteinische Rote Kreuz, die Caritas Liechtenstein und die Familienhilfe Liechtenstein. Geschäftsführerinnen und Präsidentinnen durften gestern in den Räumlichkeiten am Hauptsitz der Neuen Bank in Vaduz ihre Spendengelder entgegennehmen. «Natürlich hätten wir uns ein freudigeres Ereignis für ein Zusammentreffen gewünscht als die Covid-19-Pandemie, aber gerade in solch schwierigen Zeiten brauchen wir alle Zusam-



Freuen sich gemeinsam: Ingrid und Barbara Frommelt, Familienhilfe Liechtenstein, Karlheinz Ospelt, VR-Präsident Neue Bank, Ulrike Charles, Geschäftsführerin Rotes Kreuz Liechtenstein, I.K.H. Erbprinzessin Sophie von und zu Liechtenstein, Präsidentin Liechtensteinisches Rotes Kreuz, Pietro Leone, Vorsitzender der Geschäftsleitung, und Esther Jäger, Caritas Liechtenstein (v. l.).

menhalt und gegenseitiges Vertrauen», betonte Pietro Leone, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Neuen Bank. Die ersten Monate des Jahres seien trotz Coronakrise und grosser organisatorischer Herausforderungen wirtschaftlich erfreulich verlaufen, was alle im Entschluss bestärkte, einen Beitrag zur Krisenbewältigung zu leisten, führte Leone aus. Bei der Festlegung der Spendenempfänger sei es für die Neue Bank wichtig gewe-

sen, liechtensteinische Organisationen zu berücksichtigen, die sich für die Unterstützung von Coronavirus-Opfern in Liechtenstein einsetzen würden. Karlheinz Ospelt und Pietro Leone würdigten in ihren kurzen Ansprachen die ausserordentlichen Verdienste aller drei Hilfswerke.

Weitere Spendenvergaben werden folgen

Mit dieser Chequeübergabe ist es aber noch nicht getan, verrät Pietro Leone. «In den nächsten Wochen werden wir weitere Spendengelder verteilen können», führte er aus. Die Begünstigten würden noch nichts von ihrem Geldsegen ahnen, sondern erst in den kommenden Tagen informiert werden.

Den Aufwand, die richtigen Organisationen und Menschen zu finden, sei nicht zu unterschätzen, führte er aus. «Es gibt ganz viele Menschen unter uns, die durch diese Pandemie plötzlich an ihre Limits gestossen sind», wisse er aus persönlichen Gespärchen. Und die Krise sei noch nicht überstanden, ist sich Leone sicher. Ingrid Frommelt freute sich über den unerwarteten Geldsegen: «Wir waren sehr überrascht und werden im Vorstand gemeinsam bestimmen, für welche Projekte das Geld eingesetzt werden wird.» Für Ulrike Charles ist bereits klar, dass der Anteil des Liechtensteinischen

Roten Kreuzes an Familien am Existenzminimum gehen werde. «Wir haben mit der Caritas Liechtenstein das erste Mal in unserer Geschichte einen Spendenaufruf für Hilfe im eigenen Land lanciert», führt sie aus. Die Not sei auch hier gross, bestätigte Esther Jäger. «Wir haben unbürokratisch Rechnungen für Krankenversicherungen bezahlt und Lebensmittelgutscheine an Bedürftige herausgegeben», schilderte sie.

Niederlage für Raiffeisen

Die Raiffeisen Schweiz ist vor dem Bundesgericht gescheitert. Die Lausanner Richter bestätigen ein Urteil vom Juli 2019.

Die Raiffeisen Schweiz ist mit ihrem Vorhaben gescheitert, einen Aktientauschvertrag aus der Ära Pierin Vincenz für ungültig erklären zu lassen. Die Lausanner Richter bestätigen ein Urteil des St. Galler Handelsgerichts von 2019. Konkret wollte die Raiffeisen gerichtlich feststellen lassen, dass der im März 2012 zwischen ihr und der Aneco AG geschlossene Aktientauschvertrag ungültig ist, weil die Bank nicht über hintergründige Beteiligungsverhältnisse aufgeklärt worden sei. Gemäss Raiffeisen lag bei Vertragsabschluss ein sogenannter Willensmangel vor. Ihr sei nicht bekannt gewesen, dass über ein Treuhandverhältnis eine versteckte Beteiligung von Beat Stocker und dem damaligen CEO Pierin Vincenz bestanden habe. Dies geht aus einem am Mittwoch veröffentlichten Urteil des Bundesgerichts hervor.

Stocker war damals im Mandatsverhältnis für die Raiffeisen tätig. Nach dem Tauschvertrag wurden weitere darauf basierende Verträge geschlossen, die die Raiffeisen ebenfalls rückgängig machen will. Mit der gerichtlichen Feststellung, dass der Aktientauschvertrag mit der Aneco ungültig ist, wollte Raiffeisen eine verbindliche Grundlage schaffen. Die Frage nach der Gültigkeit dieses Tauschvertrags sollte bei den angestrebten Prozessen gegen die darauf basierenden Verträge nicht mehr gestellt werden müssen.

Das Handelsgericht des Kantons St. Gallen trat auf die Klage nicht ein, weil es die rechtlichen Bedingungen nicht erfüllt sah. Das Bundesgericht bestätigt diese Sichtweise. (awp)

Mit SNB Schulden ausbezahlen

Der Nationalrat will Nationalbankgewinne zum Abbau der Schulden durch Covid-19 verwenden. Die Motion wurde nur knapp angenommen.

Wirtschaftskommission des Nationalrats (WAK) will den Bundesrat mit einem Vorstoss beauftragen, den Anteil des Bundes an der ordentlichen Ausschüttung und an den ausserordentlichen Ausschüttungen der SNB so bald wie möglich vollumfänglich zum Abbau der Coronavirus-Schulden zu verwenden, wie Kommissionssprecher Thomas Matter (SVP/ZH) erläuterte. Dies habe solange zu erfolgen, bis die Schulden wieder auf dem Niveau von vor der Krise liegen. Ausserordentliche Zeiten verlangten nach ausserordentlichen Massnahmen, sagte Matter. «Wir müssen damit rechnen, dass die Bundesschulden massiv steigen werden», betonte er. Die Schweiz habe zwar nach wie vor ein AAA-Rating der grossen Agenturen. Sie müsse aber aufpassen, dass sie nicht plötzlich herabgestuft werde.

1,3 Milliarden Franken für Schuldenabbau

Es sei höchste Zeit, bei der bevorstehenden «massiven Verschuldung», soweit irgendwie

möglich, Gegensteuer zu geben. Die Motion ermögliche diesen Weg als eine von mehreren Massnahmen. Die Mehrheit der WAK sei der Auffassung, dass die Bundesschulden so unter Umgehung der Schuldenbremse wieder auf den Stand von vor der Coronakrise gebracht werden könnten. Konkret soll ein Betrag von derzeit 1,3 Milliarden Franken jedes Jahr ausschliesslich zum Schuldenabbau verwendet werden. Dies hätte bei den ungebundenen Ausgaben Kürzungen in Höhe von 5 Prozent zur Folge. (awp)





- Schlüsselfertig
- Elementbau
- Modulbau
- Montage in der ganzen Schweiz
- Anbauten und Umbauten

www.glovital.ch